



Im Alter von fünf oder sechs Jahren beginnt die Tortur: Mit Messingringen werden die Hälse der Giraffenfrauen unnatürlich gestreckt.

Bild: Judith Scharnowski/Pixabay

200 Gefangene ausgetauscht

Ukraine Die ukrainische Regierung und die prorussischen Separatisten in der Ostukraine haben am Sonntag 200 Gefangene ausgetauscht. Der Austausch fand am Checkpoint Majorske nahe der Frontlinie statt. Auf den Austausch hatten sich der russische Präsident Wladimir Putin und sein ukrainischer Amtskollege Wolodimir Selenski vor drei Wochen am Ukraine-Gipfel in Paris verständigt. An den Vorbereitungen des Gefangenenaustauschs war auch die Schweiz beteiligt. Dem Austausch seien intensive Verhandlungen in der Arbeitsgruppe Humanitäres der Trilateralen Kontaktgruppe vorausgegangen, die vom Schweizer Toni Frisch geleitet wird, teilte das Ausserdepartement gestern mit.

Die Regierungstruppen liefern sich seit 2014 Kämpfe mit den Separatisten im Donezk-Bekken. Trotz einer Waffenruhe kommt es weiterhin zu Gefechten. Insgesamt wurden in dem Konflikt mehr als 13 000 Menschen getötet. (sda)

Rund 100 Tote nach Terroranschlag

Somalia Bei einem verheerenden Sprengstoffanschlag sind am Samstag in der somalischen Hauptstadt Mogadischu rund 100 Menschen getötet und Dutzende weitere verletzt worden. Hinter dem Anschlag wird die Terrororganisation Al-Shabaab vermutet. Al-Shabaab kämpft in dem Land am Horn von Afrika seit Jahren um die Vorherrschaft. Die sunnitischen Fundamentalisten beherrschen Gebiete im Süden und Zentrum Somalias und verüben immer wieder Anschläge. (sda)

Regierungsbildung steht vor Abschluss

Österreich Die Grünen und die konservative ÖVP wollen ihre Koalitionsverhandlungen bis Mitte Woche abschliessen. «Die grossen Steine auf dem Weg zu einer gemeinsamen Regierung sind aus dem Weg geräumt worden», teilten ÖVP-Chef Sebastian Kurz und Grünen-Chef Werner Kogler am Sonntag mit. Der Bundeskongress der Grünen wird voraussichtlich schon am Parteitag am kommenden Samstag über den Koalitionsvertrag abstimmen. Die Abstimmung ist die letzte Hürde, die die neue Regierung nehmen müsste. (sda)

Gefangen im Menschenzoo

In Thailand gelten die Langhalsfrauen noch immer als Touristenattraktion. In Wahrheit sind sie verzweifelte Flüchtlinge.

Mirjam Bächtold aus Thailand

«To see the longnecks» («Hier lang zu den Langhälsen»), steht auf einem handgeschriebenen Wegweiser im Dorf Huay Seau Thao. Daneben zeigt eine Zeichnung eine der Langhalsfrauen mit Messingringen um den Hals, die hier im Norden Thailands noch immer als eine Touristenattraktion vermarktet werden. Busse bringen die Besucher sogar vom 900 Kilometer entfernten Bangkok hierhin zu den beringten Frauen.

Im Dorf Huay Seau Thao zahlen die Touristen 250 Baht (rund acht Franken) Eintritt, um die Frauen zu sehen. Man fühlt sich wie beim Kauf eines Eintrittstickets in einen Menschenzoo. Jeder Besucher erhält einen Flyer in die Hand gedrückt. Auf ihm steht, dass das Geld verwendet wird, um die Familien zu unterstützen.

Das «traditionelle Dorf» besteht aus einer Einkaufsgasse mit Ständen, an denen die Frauen mit den Messingringen um den Hals ihre Ware anbieten. Armringe aus demselben Metall, das die Hälse der Frauen streckt, Postkarten mit Fotografien der Frauen, Schals und Armbändchen. Selbstgemacht sind nur die Messingarmreife,

der Rest ist Billigware aus China. Es gibt auch aufgeschnittene Halsringe, die man sich probeweise selbst um den Hals legen kann, um zu erleben, wie sich die Langhalsfrauen fühlen.

Sobald Touristen durch die Gasse kommen, legen die Frauen ihre Smartphones beiseite, auf denen sie Videoclips thailändischer Popsongs schauen. Rasch nehmen sie eine traditionelle Holzgitarre mit zwei Saiten oder einen Webstuhl zur Hand, damit sie authentischer aussehen.

Angewiesen auf gaffende Touristen

Eine der Giraffenfrauen, wie man sie hier auch nennt, ist Maja Onetanee. Als sie elf Jahre alt war, ist sie mit ihrer Familie aus Myanmar vor der Militärjunta nach Nordthailand geflohen. Die burmesische Armee hat die ethnische Minderheit der Karen zwischen 1984 und 1997 konsequent verfolgt und zu Zwangsarbeit verdonnert. Zehntausende flohen – genau wie Maja Onetanee – nach Thailand, ohne Aussicht auf Rückkehr. In Thailand landeten sie in Flüchtlingscamps nahe der burmesischen Grenze. Viele Karen leben heute noch hier – einige seit rund 30 Jahren.

Genau das sind die «traditionellen Dörfer», wie die unfreiwillige Heimat der Karen in den Reisesprosperen vermarktet wird: Flüchtlingscamps. «Ich darf das Dorf ohne eine Sondergenehmigung der Regierung nicht verlassen», erzählt Maja Onetanee. Sie habe sich mit ihrem Leben abgefunden. «Früher habe ich mich oft verzweifelt gefragt, warum ich wie eine Gefangene leben muss. Aber es geht mir besser, wenn ich es nicht hinterfrage.» Sieben Tage die Woche sitzt die junge Frau in ihrer Tracht hinter ihrem Stand und wartet

«Es geht mir besser, wenn ich es nicht hinterfrage.»

Maja Onetanee
Langhalsfrau

auf Touristen, wartet darauf, begafft und fotografiert zu werden. Den Flüchtlingen ist es nicht erlaubt, ausserhalb des Camps Arbeit zu suchen.

«Von dem Eintrittsgeld bekomme ich 1500 Baht (etwa 48 Franken) pro Monat. Das reicht nicht, um zu überleben», sagt Maja Onetanee. Deshalb ist sie darauf angewiesen, dass die Besucher ihr Souvenirs abkaufen. «Es ist gut, wenn die Touristen hier sind. Es ist meine einzige Möglichkeit, Geld zu verdienen.»

Thailand geht harsch um mit Flüchtlingen

Am Ende der Strasse rennen zwei Mädchen zwischen den Ständen hin und her. Auch sie tragen bereits Messingringe um die dünnen Hälse. Ihre Mutter hingegen, die hinter einem Stand steht und auf Touristen wartet, hat den Schmuck abgelegt. «Ich mag das nicht», sagt sie nur. Ihren Töchtern zwingt sie die Ringe jedoch auf, damit sie für die Touristen später gute Fotoshots hergeben.

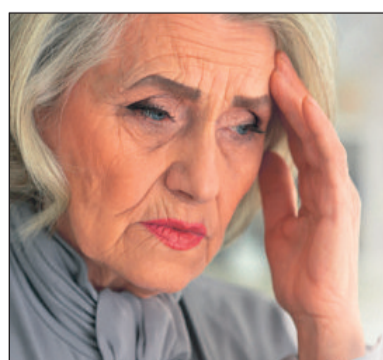
In Thailand leben rund 93 000 Flüchtlinge, die das Schicksal von Maja Onetanee und den anderen ethnischen Karen teilen. Sie leben in neun provisorischen Lagern an der Gren-

ze zu Myanmar. Die Lager sind für sie zum permanenten Zuhause geworden. Einen Antrag auf Asyl oder gar auf die thailändische Staatsbürgerschaft können sie nicht stellen. Thailand hat die Verträge der Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterschrieben. «Zudem kennt das Land keine generell anwendbare nationale Gesetzgebung für den Schutz von Flüchtlingen und Asylsuchenden», sagt Jennifer Harrison von der UNO-Flüchtlingsorganisation UNHCR in Bangkok.

Das Ziel der thailändischen Regierung sei es, dass die Flüchtlinge freiwillig nach Myanmar zurückkehren. Das wäre seit dem Waffenstillstand von 2012 zwischen der politischen Gruppierung der Karen National Union und der burmesischen Regierung theoretisch möglich. Seit 2016 sind etwa 1000 burmesische Flüchtlinge in ihre Heimat zurückgekehrt. Das UNHCR unterstützt das erleichterte Rückführungsprogramm der thailändischen und burmesischen Regierung.

Die meisten Flüchtlinge stellen aber keinen Antrag auf Rückkehr. Sie fürchten, dass ihr Leben in Myanmar nicht besser aussehen würde als im thailändischen Camp.

ANZEIGE



Nie vergessen!

Jetzt spenden! PC 85-678574-7

ALZHEIMER
FORSCHUNG
SCHWEIZ AFS

STIFTUNG SYNOPSIS

www.Alzheimer-Synopsis.ch